Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Katharina Schulze

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Horst Arnold

Abg. Florian Streibl

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 21** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

für ein Bayerisches Transparenzgesetz (Drs. 17/7550)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat 24 Minuten. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Schulze. Bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von der Holschuld der Bürgerinnen und Bürger zu einer Bringschuld des Staates: Unter diesem Motto steht unser Transparenzgesetz. Wir GRÜNE möchten, dass wir alle in einer modernen Demokratie leben. Zu einer modernen Demokratie gehört für uns, dass darin gut informierte und mündige Bürgerinnen und Bürger leben. Gleichzeitig möchten wir die Chancen der Digitalisierung nutzen, erkennen und weiterentwickeln.

Darum haben wir unseren Gesetzentwurf für ein Bayerisches Transparenzgesetz geschrieben. Wir verfolgen damit hauptsächlich zwei Zielrichtungen. Zum Ersten möchten wir endlich die Informationsfreiheit in Bayern einführen. Die Betonung liegt auf "endlich"; denn ich möchte nur daran erinnern, dass es auf Bundesebene schon seit 2006 ein Informationsfreiheitsgesetz gibt. In 11 von 16 Bundesländern gibt es das ebenfalls. Rund 70 Kommunen haben sich in Bayern auf den Weg gemacht, weil die CSU-Staatsregierung immer noch schläft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE sind der Meinung, es ist allerhöchste Zeit, dass Bayern aus seinem Status als Entwicklungsland hinaustritt. Ohne Informationsfreiheit ist Open Government, also der Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung, nicht möglich.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Neben dem Recht auf Information haben wir in unserem Gesetzentwurf auch die proaktive Bereitstellung von Informationen geregelt. Wir GRÜNE möchten, dass alle Daten und Informationen, die es in der Verwaltung gibt und die von öffentlichem Interesse sind, im Internet über ein zentrales Informationsregister verfügbar gemacht werden. Dazu gehören beispielsweise Statistiken, Gutachten und Verwaltungsvorschriften. Auch bei diesem Thema sind uns andere Bundesländer mal wieder voraus, beispielsweise Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz.

Natürlich ist uns GRÜNEN der Datenschutz bei diesem Thema sehr wichtig. Darum haben wir in den Artikeln 6, 7 und 8 genau geregelt, wie wir mit den personenbezogenen Daten, wie wir mit den öffentlichen Belangen sowie mit den Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen umgehen. Man kann das gut auf eine Formel bringen: Öffentliche Informationen werden öffentlich gemacht, und private Informationen bleiben privat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In den Beratungen in den Ausschüssen habe ich von der CSU-Fraktion leider kein sinnvolles Gegenargument gehört.

(Lachen des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Dennoch ist unser Gesetzentwurf jedes Mal abgelehnt worden. – Herr Kreuzer, Sie brauchen gar nicht so zu lachen. Mich ärgert insbesondere Ihre Doppelzüngigkeit in dieser Sache. Sie treten für die anlasslose Vorratsdatenspeicherung ein, mit der Millionen Menschen unter Generalverdacht gestellt werden.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Ach, kommen Sie! Immer das Gleiche!)

Die Bürgerinnen und Bürger werden in riesigen Datenbanken erfasst und mittels Rasterfahndung durchleuchtet. Bundesregierung und Landesregierungen bleiben sogar untätig, wenn unsere Bevölkerung massenhaft von Geheimdiensten überwacht und

ausgehört wird. Der Bürger und die Bürgerin werden im wahrsten Sinne des Wortes immer transparenter. Die Verwaltung aber soll nach Ansicht der CSU undurchsichtig bleiben. Das finde ich im 21. Jahrhundert absurd.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mir natürlich Gedanken gemacht, woran es liegen könnte, dass die CSU solche Schwierigkeiten hat, den Kulturwandel zu vollziehen. Wenn man darüber nachdenkt, muss man sich schon die Frage stellen, ob die CSU-Fraktion Angst vor mündigen Bürgern hat, die sich einmischen, die mitdiskutieren und die sich die sie interessierenden Informationen selbst herausziehen. Möglicherweise ist die CSU immer noch dem Denken in den Kategorien des Obrigkeitsstaates verhaftet. Diese Fragen habe ich mir im Laufe verschiedener Debatten gestellt. Leider habe ich von der CSU nicht gehört, dass sie sich insoweit weiterentwickeln will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich würde mich aber freuen, wenn das endlich passierte. Wir GRÜNEN fordern schon lange den Kulturwandel in der Verwaltung. Dafür brauchen wir ein Transparenzgesetz. Klar ist: Transparenz schafft Vertrauen. Deswegen bitten wir um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr, Frau Schulze. – Für die CSU-Fraktion: Herr Kollege Zellmeier. Bitte schön.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Vorrednerin lag, wieder einmal, in mehreren Punkten völlig falsch. Frau Schulze, Sie haben die Vorratsdatenspeicherung genannt. Wenn man nicht weiß, was das ist, sollte man nicht darüber reden. Vorratsdatenspeicherung bedeutet nicht die Speicherung von Inhalten; gespeichert werden vielmehr für einen begrenzten Zeitraum die Verbindungsdaten. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Gespeichert wird übrigens nicht vom

Staat, sondern von den Telekommunikationsunternehmen. Auf die Daten darf nur zum Zwecke der Verfolgung schwerer Straftaten zugegriffen werden. Ich wiederhole: Gespeichert wird nur, ob jemand telefoniert hat, nicht aber, was er gesagt oder übermittelt hat. Das sind zwei völlig verschiedene Themen. Sie verstehen einfach nicht, worum es geht, und bringen Sachverhalte, die nicht zusammengehören, miteinander in Verbindung.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN)

Ihr Gesetzentwurf ist auch nicht neu. Sie selbst haben gesagt, dass Sie in jeder Wahlperiode fast identische Formulierungen vorschlagen. Dadurch werden Ihre Gesetzentwürfe aber nicht besser; sie wirken mittlerweile vielmehr altbacken.

(Horst Arnold (SPD): Wie das Betreuungsgeld!)

– Das Betreuungsgeld ist eine Innovation ersten Ranges.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch Sie werden das irgendwann feststellen. Die SPD hinkt in der Frage des Betreuungsgeldes, wie so oft bei familienpolitischen Themen, hinterher. Aber ich bin optimistisch, dass bei Ihnen irgendwann Realismus einkehrt und gesunder Menschenverstand obsiegt.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns ist Datenschutz ein hohes Gut. Deshalb wollen wir nicht, wie die GRÜNEN es in ihrem Gesetzentwurf vorsehen, dass das Datenschutzniveau relativiert wird. In Teilen verstößt der Gesetzentwurf sogar gegen Bundes- und EU-Recht.

Auch die öffentlichen Belange werden nicht ausreichend berücksichtigt. Häufig müssen die Bürger personenbezogene Daten gegenüber Behörden offenbaren – nicht

immer freiwillig. Deshalb erwarten die Bürger in Bezug auf ihre Daten zu Recht ein hohes Schutzniveau.

Der Gesetzentwurf weist in Bezug auf den Umgang mit Betriebsgeheimnissen ein erhebliches Defizit auf. Die GRÜNEN wollen Betriebsgeheimnisse mit der Informationsfreiheit abwägen. Das darf nicht sein; denn Konkurrenten haben oft hohes Interesse daran zu erfahren, wie andere Betriebe arbeiten. Wir wollen nicht in irgendeiner Form der Betriebsspionage Vorschub leisten. Hinzu kommt, dass die Regelungen viel Bürokratie auslösen würden. Ich hoffe, wir sind uns in diesem Hause einig, dass wir möglichst wenig und nicht möglichst viel Bürokratie anstreben.

Der Gesetzentwurf würde die Rechtslage komplizierter gestalten, da bestehende Informations- und Auskunftsrechte nicht zusammengefasst und ersetzt würden, sondern erhalten blieben. Ein weiterer Anspruch käme hinzu. In der Summe wäre die Rechtslage nur noch wenig überschaubar. Denken wir auch an den Mehraufwand durch notwendig werdende Schwärzungen. Wenn mehrere Parteien beteiligt sind, können Schwärzungen dazu führen, dass ganze Passagen nicht mehr verständlich sind.

Sie von den GRÜNEN sollten ferner bedenken, dass die kommunalen Spitzenverbände Ihre Vorschläge genauso oft, wie Sie sie vorlegen, entschieden und nachhaltig ablehnen, und zwar parteiübergreifend. Ihnen sollte es besonders zu denken geben, wenn die Praktiker aus Ihren Reihen mit Ihren Gesetzentwürfen nichts anfangen können.

Öffentliche Belange im Bereich der inneren Sicherheit werden mit den vorgeschlagenen Regelungen nicht ausreichend geschützt. In dem Entwurf heißt es, die Informationspflicht solle unter anderem dann nicht bestehen, wenn die innere Sicherheit "nicht unerheblich" gefährdet würde. Diese Formulierung ist aus unserer Sicht unzureichend. Selbst das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes sieht als Voraussetzung für das Entfallen der Informationspflicht die bloße Möglichkeit einer Gefährdung vor. Daran sieht man schon, dass der Gesetzentwurf der GRÜNEN im Bereich der inneren Si-

cherheit hinter den Standards zurückbleibt, die der Bund setzt. Wir haben nicht vor, den Vorgaben des Bundes näherzutreten. Das wäre aber im Vergleich zu dem vorliegenden Gesetzentwurf immer noch die bessere Variante.

Ich erinnere daran, dass wir in der gestrigen Sitzung unter Tagesordnungspunkt 8 Gesetzesänderungen mit dem Ziel der Stärkung der elektronischen Verwaltung verabschiedet haben. Falls es Ihnen entgangen sein sollte, dann sage ich es Ihnen jetzt: Wir haben in diesem Zusammenhang auch eine Änderung des Datenschutzgesetzes beschlossen, um den Anspruch auf ermessensfreie Entscheidung bei Auskunftersuchen der Bürger zu regeln. Damit schaffen wir Rechtssicherheit und gewährleisten den nötigen Datenschutz. Wir werden dem Interesse an der Freiheit der Information, aber auch dem Interesse an dem Schutz der Bürger und der inneren Sicherheit gerecht. Das, was wir gestern beschlossen haben, ist jedenfalls wesentlich sinnvoller als das, was die GRÜNEN heute vorschlagen. Deshalb werden wir den Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Florian Herrmann (CSU): Sehr gut!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Arnold. Bitte sehr.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! "Wer zahlt, schafft an." - In diesem Fall ist es der Bürger, der mit seinen Steuergeldern die Verwaltung finanziert. Deswegen soll der Bürger wissen, was die Verwaltung plant und tut. Diesem Prinzip sind selbstverständlich Grenzen gesetzt, insbesondere durch das Datenschutzgesetz, das Steuergeheimnis, das Betriebsgeheimnis und die höchstpersönlichen Rechte. Alle kollidierenden Interessen müssen gegeneinander abgewogen werden.

Zudem sind die Belange der inneren Sicherheit zu berücksichtigen. Das haben wir im Zusammenhang mit Sperrerklärungen in Strafprozessen schon mitbekommen. Wenn die staatliche Sicherheit gefährdet ist, muss das Informationsinteresse der Allgemein-

heit zurückstehen. Wenn aber, wie die Presse herausbekommen hat, eine Sperrerklärung nur dazu dient, Sachverhalte zu verdunkeln oder zu vermischen, dann zeigt dies, dass eine Situation nicht richtig eingeschätzt und mit den Datenschutzinteressen nicht zum Wohle des Rechtsstaates umgegangen worden ist. Eine Normierung - ich betone: eine Normierung – in dem Sinne, dass der Bürger weiß, wie der Staat mit seinen Daten umgeht, ist notwendig.

Herr Zellmeier, Sie sagten, die Bürger hätten schon so viele Ansprüche auf Akteneinsicht. Das ist in der Tat so. Aber ein Informationsfreiheitsgesetz kann das Ganze bündeln. Der derzeit vorhandene Dschungel sollte auch vor dem Hintergrund der Paragrafenbremse gelichtet werden. Ein berechtigtes und ein rechtliches Interesse herauszufiltern ist doch sehr mühsam und fördert die bereits vorhandene Bürokratie.

Sie erwecken den Eindruck, als ob Informationen, die man haben möchte, gleichzusetzen seien mit Anspruchsbegründungen für eine Klage im Verwaltungsprozess. Das ist bei Weitem nicht der Fall. Erst durch einen anlassfreien Zugang zu Informationen gewinnt man die Erkenntnis, ob man betroffen ist. Das ist das Entscheidende; im Vorfeld muss diese Prüfungsmöglichkeit gegeben sein.

Es kommt hinzu, dass der Gedanke der Informationsfreiheit durchaus modern ist. Herr Zellmeier, wenn Sie davon sprechen, dass die Praktiker in den Parteien dies nicht wollten, dann sage ich Ihnen: Die Praktiker sprechen sich in diesem Zusammenhang dagegen aus, weil das auf Verbändeebene so formuliert wird; man müsste nämlich möglicherweise dafür sorgen, dass aus alten Schläuchen neuer Wein fließt.

Ich weise zudem darauf hin, dass im Freistaat Bayern bereits über 70 Gemeinden Informationsfreiheitssatzungen erlassen haben. Ich nenne Schwandorf als Beispiel. Dort ist der entsprechende Beschluss mit den Stimmen der CSU-Fraktion gefasst worden. Gehen Sie nach Schwandorf, und sagen Sie Ihren Kollegen dort, dass sie praxisfremd seien. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen dabei.

(Beifall bei der SPD)

Indes verfügen 11 von 16 Bundesländern über Informationsfreiheitsgesetze. In den 11 Bundesländern ist die Situation positiv. In Hamburg, das jetzt sozialdemokratisch regiert ist, ist es aufgrund des Informationsfreiheitsgesetzes zum Beispiel möglich gewesen, Fehlplanungen im Zusammenhang mit der Elbphilharmonie offenzulegen und einer breiten Öffentlichkeit auszusetzen. Wir sprechen hier nicht für die SPD, wir sprechen nicht für irgendwelche Parteien, sondern wir sprechen uns für die Transparenz der Verwaltung sowie die Förderung eines Prozesses aus, der die Diskussion zwischen Bürger und Verwaltung auf Augenhöhe vorantreibt. Es ist kein Gnadenakt, Runde Tische zu veranstalten und Informationen zu geben, sondern das ist eine Pflicht. Deswegen ist die proaktive Veröffentlichung aus unserer Sicht durchaus notwendig, damit man sich in diesem Zusammenhang in der Tat gleichberechtigt an den Tisch setzen kann.

Politische Macht durch Sonderwissen ist aus meiner Sicht keine demokratische Macht. Teilhabe am Wissen und Diskussion stärken die Macht auf der einen Seite des Rechtsstaates, auf der anderen Seite auch der Demokratie. Sie schützen in diesem Zusammenhang vor Demagogie und Missverständnissen und zwingen – und das ist das Entscheidende – zur Wahrheit und zur Klarheit. Nicht zuletzt deswegen zitiere ich wieder den Ministerpräsidenten, der zu wichtigen Belangen, zum Beispiel jetzt bei der Bayern-Ei-Geschichte, gesagt hat: Hier muss Transparenz her, ohne Rücksicht auf alles. Nachdem, was Sie jetzt gesagt haben, müssen Sie Ihren Herrn Ministerpräsidenten darauf hinweisen, dass es Datenschutz gibt, dass es Betriebsgeheimnisse und sonstige persönliche Rechte gibt.

Ich habe von Ihnen in diesem Zusammenhang aber nichts dazu gehört, dass Sie diesen Informationsbegehren aus rechtlichen, parlamentarischen oder sogar gewissens-technischen Gründen Einhalt gebieten wollen. Sie drehen es sich so, wie es Ihnen passt. Immer dann, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, muss aufgeklärt werden, warum und weshalb. Die proaktive Veröffentlichung verhindert oftmals, dass ein Kind in den Brunnen fällt, sodass alles in einem gewissen stillen und freudigen Einver-

nehmen weiter funktioniert, weil man sich dann gegenseitig ernst nimmt und nicht auf Machtpositionen pocht.

Deswegen stimmen wir dem Gesetzentwurf der GRÜNEN zu und wissen, dass es eine Kette von Versuchen ist, Informationsfreiheit und Transparenz in diesem Freistaat zu schaffen, vielleicht als zwölftes von 16 Bundesländern. Sollten wir aber die Sechzehnten von Sechszehn sein, dann geschieht das sicher auch mit unserer Stimme.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER kommt jetzt noch Kollege Streibl, bitte.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Man könnte jetzt sagen: wieder einmal Informationsfreiheitsgesetz und Transparenzgesetz. Wir haben als Fraktion am 9. April 2014 ein solches Gesetz eingebracht, das leider von der üblichen Mehrheit abgelehnt worden ist. Hier geht es aber nicht darum, parlamentarische Händel auszutragen, sondern es geht um ein Recht des Bürgers. Man muss dieses Recht des Bürgers ernst nehmen; denn Information an den Bürger ist kein Gnadentat, sondern ist ein Rechtsanspruch, den der Bürger aus seiner demokratischen Haltung heraus hat.

Herr Ministerpräsident, Sie sagen immer, dass Sie den Dialog mit dem Bürger suchen, dass der Bürger Ihr Koalitionär ist. Deshalb müsste gerade Ihnen daran gelegen sein, dass dieser Dialog auch auf Augenhöhe geführt wird; denn der Bürger ist der Souverän, der Ihnen auf Augenhöhe gegenübersteht. Dann muss ich doch von mir aus sagen: Dieser Souverän muss dann auch die Informationen haben, damit er diesen Dialog auf Augenhöhe führen kann. Dies muss durch ein solches Gesetz geschehen; denn ansonsten wird alles, was Sie zum Dialog mit dem Bürger sagen, zur Makulatur, nämlich dann, wenn man dem Bürger die Informationen verwehrt, die er braucht, um den Dialog mit Ihnen führen zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen: Überlegen Sie sich das. Fragen Sie sich, ob Ihre Fraktion in diesem Haus vielleicht wieder einmal eine Haltung einnimmt, die dann Nachfolger von Ihnen später korrigieren müssen. – Tja, es gibt hier mehr, als wir denken, glaube ich. Aber gut, Herr Ministerpräsident. Deswegen: Überlegen Sie sich, ob Sie sich denn nicht auch hier zum Vorreiter der Transparenz im Freistaat machen wollen, die diesem Freistaat gut-tun würde.

Es wurde schon gesagt, dass die Bundesrepublik Deutschland und elf Bundesländer über ähnliche Gesetze verfügen; die restlichen fünf Bundesländer arbeiten daran – wir in Bayern im Moment auch, mit wenig Erfolg. Aber vielleicht wird es dann doch einmal etwas. Ich denke, wir sollten den Anspruch des Bürgers erfüllen und den Bürgern einen fairen Dialog mit der Politik, mit der Verwaltung und mit der Exekutive ermöglichen; denn ohne Information keine Teilhabe, keine Mitbestimmung. Letztlich würde dies zu Politikverdrossenheit führen. Der Bürger würde sagen: Wenn ich nicht die Informationen habe, um richtig zu diskutieren, wird mir etwas vorenthalten; es würde Herrschaftswissen entstehen, das sich die Politik oder die Verwaltung zu eigen macht, um dann den Bürger letztendlich immer wieder nur vorzuführen. Dies führt zu Frustration. Das ist etwas, was in der Bevölkerung schon zu spüren ist. Gerade wenn es um Großprojekte geht, ist ein elementares Misstrauen gegen die Verwaltung vorhanden. Diesem Misstrauen müssen wir doch begegnen; dieses Misstrauen müssen wir doch abschaffen, indem wir Transparenz schaffen und diese Transparenz als Voraussetzung für eine mündige Teilhabe an der Politik sehen.

Deswegen unterstützen wir auch den Entwurf der Fraktion der GRÜNEN, so wie wir auch den Entwurf unterstützen werden, der wahrscheinlich demnächst wieder von der SPD-Fraktion kommen wird. Wir als Opposition im Bayerischen Landtag werden Ihnen einen Gesetzentwurf nach dem anderen vorlegen – so lange, bis endlich einer durch ist und Sie es auch kapiert haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Streibl. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

– Wenn Frau Kollegin Heckner so nett wäre, dass wir zur Abstimmung kommen können.

(Jürgen W. Heike (CSU): Sie zeigt dir die kalte Schulter!)

Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf auf der Drucksache 17/7550 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER und SPD. Gegenstimmen bitte. – CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.